

Initiative gegen Tierzucht ruft Polizei

„Saustall Wadelsdorf“ startet Petition / Mitglieder treffen Spree-Neiße-Landrat Altekrüger

WADELSDORF Im Konflikt um die geplante Ferkelzuchtanlage hat die Bürgerinitiative "Saustall Wadelsdorf" am Montagabend die Polizei eingeschaltet. Nun hoffen die Mitglieder auf Hilfe von Landrat Harald Altekrüger (CDU).



Andreas Paul Mekelburg, Romy Franzke und Carola Freitag (v.l.) von der Bürgerinitiative besuchten Dienstag den Landrat in Forst. Foto: René Wappler

Ein unscheinbarer schmaler Weg führt von der Landstraße durch den Wald zum Gelände der Ferkelzuchtanlage. Dort hielt am Montagabend ein Streifenwagen der Polizei. Die Mitglieder der Bürgerinitiative hatten die Beamten darüber informiert, dass die Arbeiten trotz des verfügbaren Baustopps weitergehen – woraufhin sich die Polizisten selbst vor Ort umschaute. Lutz Miersch von der Pressestelle der Polizeidirektion in Cottbus erklärt: "Zumindest für diesen einen Tag wurden die Bauarbeiten unterbunden." Eine endgültige Entscheidung zur Frage, wie es nun in Wadelsdorf weitergeht, müsse jedoch noch fallen.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative hatten am Wochenende eine Petition gestartet: "Wir wollen hier in unserer unmittelbaren Nähe keine Ferkelzuchtanlage, wo auf engstem Raum 1574 Sauen, fünf Eber, 735 Jungsauen und 4470 Ferkel unter fürchterlichen Bedingungen gehalten werden", heißt es in ihrem Aufruf. Zudem befürchten sie, dass mit dem umstrittenen Betrieb eine Zunahme des Fahrzeugverkehrs, ein erhöhter Kohlendioxid-Ausstoß und Gestank im Ort einhergehen. "Wir wollen keine Massentierhaltung, wo Schweine in riesigen Stallanlagen eng aneinander gereiht bis zu ihrem kurzen, traurigen und qualvollen Lebensende leiden müssen."

Protestgruppe fährt nach Forst

Bis zum 18. April 2015 will die Bürgerinitiative knapp 1800 Unterschriften sammeln. Am Dienstagnachmittag besuchten Vertreter der Protestgruppe in Forst den Landrat des Spree-Neiße-Kreises, Harald Altekrüger (CDU), um ihm ihre Sorgen zu schildern. Es war die Bauordnungsbehörde des Landratsamtes, die in der Vorwoche feststellte, dass im Auftrag des niederländischen Investors Adrianus Straathof in Wadelsdorf offenbar schon Arbeiten angeschoben wurden, die noch der Genehmigung bedürfen. Dieser Verstoß gilt als ein wichtiger Grund für den nun verfügbaren Baustopp.

Zu der Delegation beim Landrat gehörte der Kreistagsabgeordnete Andreas Paul Mekelburg (Die Linke). "Wir wünschen uns, dass die Arbeiten dauerhaft beendet werden", sagt er. "Ich habe am Montag auch unsere Fraktion darüber informiert – schließlich ist der Tierschutz aus gutem Grund in unserem Parteiprogramm verankert."

Ebenso setzt sich Carola Freitag für die Bürgerinitiative aus Wadelsdorf ein. "Obwohl dem Investor bereits in Sachsen-Anhalt mehr als 20 Verstöße gegen geltendes Recht vorgeworfen werden, wird ihm nicht die Betriebserlaubnis entzogen." Sie habe inzwischen Kontakt zu einem Anwaltsbüro aufgenommen, "weil ich glaube, dass wir rechtlichen Beistand benötigen". So vermutet die Bürgerinitiative in einem Brief an den Landkreis Spree-Neiße: "Offenkundig ist gewollt, dass Herr Straathof weiterhin die Gunst der behördengeschlossenen Stunden nutzt und Tatsachen schafft, die sich aufgrund etwaiger immenser Schadensersatzforderungen nicht mehr rückgängig machen lassen."

Verhaltenes Fazit

Zwei Stunden dauerte das Gespräch der Protestierenden mit Landrat Harald Altekrüger. "Wir konnten immerhin unsere Bedenken loswerden", sagt Carola Freitag. "Das Bauamt hat uns versichert, dass es in allen umstrittenen Fragen nach dem geltenden Recht handeln wird." Der Baustopp auf dem Grundstück am westlichen Rand von Wadelsdorf bestehe nach wie vor – und für eine Baugenehmigung fehlten nötige Unterlagen. "Wir hoffen, dass wir die Mitarbeiter des Landkreises für unsere Sorgen sensibilisieren konnten", erklärt Carola Freitag im Namen der Bürgerinitiative.

Kommentar: [Der Griff ins Regal entscheidet](#)

Zum Thema:

Wie der Deutschlandfunk im März dieses Jahres berichtete, werden dem Investor aus den Niederlanden seit dem Jahr 2005 laut sachsen-anhaltischer Landesregierung allein am Firmenstandort in Gladau mehr als 25 Verstöße vorgeworfen – zum Beispiel gegen die Landesbauordnung, das Tierschutzgesetz, die Nutztierhaltungsverordnung sowie gegen die Nitratrichtlinien, also illegales Ausbringen von Gülle.

René Wappler

Der Griff ins Regal entscheidet

KOMMENTAR Es wird die Aufgabe der zuständigen Behörden sein herauszufinden, ob der umstrittene Unternehmer bei Wadelsdorf gegen geltendes Recht verstoßen hat. Dem Konsumenten kommt eine andere, nicht weniger verantwortungsvolle Aufgabe zu: So lange Menschen im Supermarkt nach besonders preiswertem Fleisch greifen, so lange wird es Firmen geben, die dieses Bedürfnis erfüllen.

Wer also einen Fleischfabrikanten mit dem Vorwurf der Massentierhaltung konfrontiert, der wird im besten Falle Schulterzucken ernten. Viel sinnvoller ist es, detailliert darüber zu informieren, unter welchen Umständen die Waren erzeugt wurden, die schließlich im Einkaufskorb landen. Es wäre schon ein Erfolg für die Bürgerinitiative in Wadelsdorf, wenn

sie dieses Interesse auch bei jenen Leuten wecken könnte, die bisher kaum über ihren Fleischkonsum nachgedacht haben.

r.wappler@lr-online.de

Artikel zum Kommentar: [Initiative gegen Tierzucht ruft Polizei](#)

René Wappler